

## Mut für die Zukunft\*

---

Dr. Alfred Dregger, geboren 1920, ist seit 1982 Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

### Neue Epoche für die deutsche Politik

Das Jahr 1982 hat mit dem Wechsel in der Regierungsverantwortung am 1. Oktober eine neue Epoche für die deutsche Politik eingeleitet. Der Regierungswechsel war seit langem überfällig. Mit der Wahl Helmut Kohls zum Bundeskanzler fand ein Regierungsbündnis ein Ende, das unser Land zu lähmen begonnen hatte. Antworten auf drängende außen-, wirtschafts- und sozialpolitische Gegenwarts- und Zukunftsfragen hatte die Regierung Schmidt immer wieder vertagen und verweigern müssen, weil sie über innerer Auszehrung und fortwährenden ideologischen Grabenkämpfen in den Reihen der SPD ihre Handlungsfähigkeit eingebüßt hatte.

Was unser Land heute und für die Zukunft braucht, ist Vertrauen: Vertrauen in eine politische Führung,

- die unserer Volkswirtschaft die Gewißheit vermittelt, daß sich Investitionen wieder lohnen;
- die wirtschaftliche Leistung, auch und insbesondere der Arbeitnehmer wieder fördert, anstatt sie steuerlich zu bestrafen;
- die ihre Haushalts- und Finanzpolitik auf Solidität und Stabilität gründet;
- die sich der astronomischen Staatsverschuldung entgegenstemmt;
- die fest zu den Entscheidungen des Bündnisses steht, dem wir um unserer Sicherheit und Freiheit willen angehören;
- die dafür Sorge trägt, daß es am Ende dieses Jahrzehnts nicht zu einer folgeschweren Krise in der Energieversorgung kommt;
- die die Investitionshemmnisse beim Kraftwerks- und Wohnungsbau und bei der Nutzung neuer Techniken auf dem Medienmarkt beseitigt und damit viele neue Arbeitsplätze schafft.

---

\* Die Vorsitzenden der im Bundestag vertretenen Parteien waren von der Redaktion gebeten, die Vorstellungen ihrer Partei für die kommende Legislaturperiode in bezug auf Problembereiche, die für die Gewerkschaften von hervorragender Bedeutung sind, darzulegen: zu Arbeitslosigkeit und Arbeitsmarktpolitik, zum System der sozialen Sicherheit, zur Mitbestimmung. Den Autoren war freigestellt, auf diese Themen ausführlich, knapp oder gar nicht einzugehen bzw. andere in den Mittelpunkt zu stellen. Jedenfalls läßt die unterschiedliche Würdigung der Fragen und Probleme auf die zu erwartende Schwerpunktsetzung der Parteien schließen. D. Red.

Die SPD-geführte Bundesregierung war zu einer Politik der Vorsorge für die Zukunft nicht mehr imstande. Sie weckte kein Vertrauen mehr, sondern erstickte es schon im Keim. Auch Anhänger der SPD und der alten Koalition haben ihre zur Bewegungslosigkeit erstarrte Politik kritisiert. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hatte Protestkundgebungen gegen die von der Bundesregierung unter der Führung von Helmut Schmidt zu verantwortende Politik organisiert. Die frühere, SPD-geführte Bundesregierung war ausgebrannt. Sie hatte die Kraft verloren, das Notwendige zur Verringerung der Arbeitslosigkeit, zur Gesundung unserer Wirtschaft und zur Konsolidierung der öffentlichen Finanzen zu tun.

### Die Hypothek der Krise

Die Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Finanzkrise ist nicht vom Himmel gefallen. Sie steht am Ende einer Entwicklung, die sich in den 70er Jahren anbahnte:

- Der Anteil zukunftsichernder Investitionen am Sozialprodukt der Bundesrepublik Deutschland ist von über 24 Prozent auf unter 20 Prozent gesunken.
- Die Eigenkapitalquote der deutschen Unternehmen ist von über 30 Prozent im Jahre 1967 auf rund 21 Prozent Ende 1981 zurückgegangen, was ihre Investitionsfähigkeit erheblich beeinträchtigt und sie insbesondere gegenüber hohen Zinsen anfällig macht, während z. B. die amerikanischen Unternehmen mit einer Eigenkapitalquote von nahezu 50 Prozent dagegen viel unempfindlicher sind.
- Beanspruchte der Staat in den 60er Jahren weniger als 13 Prozent der Geldvermögensbildung für sich, so liegt diese Quote heute bei knapp 40 Prozent. Gleichzeitig ist der Anteil der Investitionsausgaben an den öffentlichen Haushalten von 24,5 Prozent im Jahre 1970 auf 16,5 Prozent im Jahre 1982 gefallen.

Seit Mitte der 70er Jahre haben sich die Folgen dieser Entwicklung gezeigt; sie haben sich seither Jahr für Jahr verschärft:

- Seit 1970 schrumpfte unter Führung sozialdemokratisch geführter Bundesregierungen die Zahl der Arbeitsplätze von 26,7 Millionen auf weniger als 25 Millionen. Das gibt es in keinem anderen westlichen Industrieland. In nahezu allen anderen ist die Zahl der Arbeitsplätze in dieser Zeit gewachsen.
- 1970 lag die Arbeitslosenquote bei 0,7 Prozent; es herrschte Vollbeschäftigung: 149000 Arbeitslosen standen 795000 offene Stellen gegenüber. Gegenwärtig kommen auf eine offene Stelle über 30 Arbeitssuchende. Heute ist jeder 10. Arbeitnehmer ohne Arbeit.

- 1982 war die Entwicklung des realen Bruttosozialproduktes erneut rückläufig. Täglich brechen zwischen 40 und 50 Betriebe zusammen. Nach einer Studie der „Creditreform“ ist mindestens jeder fünfte Arbeitslose Opfer einer Pleite.

Das ist um so schlimmer, als unter Führung sozialdemokratischer Regierungen die finanzielle Handlungsfähigkeit des Staates zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auf nahezu Null geschrumpft ist. Der Schuldendienst für Altschulden betrug im Jahre 1982 die unvorstellbare Summe von 65,6 Milliarden DM. Unter der Kanzlerschaft von Adenauer, Erhard und Kiesinger lag in den 20 Aufbaujahren die jährliche Netto-Neuverschuldung im Durchschnitt bei weniger als einer Milliarde DM. Unter der Kanzlerschaft der früheren Bundeskanzler Brandt und Schmidt betrug sie im Jahresdurchschnitt mehr als 20 Milliarden DM bei stets steigender Tendenz. 1982 sind wir bei 40 Milliarden DM angelangt.

Schuldenlawine, Wachstumsschwäche und Arbeitslosigkeit sind durchgeschlagen auf das Netz der sozialen Sicherung. Unser soziales Leistungssystem baut auf dem Arbeitseinkommen der Bürger auf. Ohne Lohn keine Sozialabgaben. Ohne Sozialabgaben keine Mittel, Renten und Arbeitslosengeld zu zahlen und das Gesundheitswesen zu finanzieren.

1970 verfügte die Rentenversicherung über eine Rücklage von acht Monatsausgaben. 1982 sind die Rücklagen trotz massiver Rentenkürzungen durch die alte Koalition, insbesondere im Rahmen des 20. und 21. Renten Anpassungsgesetzes, auf zwei Monatsraten abgesunken.

1972 hat die SPD im Wahlkampf mit dem Slogan geworben: „Sorgen Sie dafür, daß die Sozialdemokraten weiter regieren. Dann bleiben die Arbeitsplätze sicher“. Tatsache ist: von 1970 bis heute mußten in der Arbeitslosenversicherung über 200 Milliarden DM zur Finanzierung der Arbeitslosigkeit ausgegeben werden. Gegenwärtig kostet die über 2 Millionen Arbeitslosigkeit den Staat 50 Milliarden DM. Die Kurve der Arbeitslosigkeit zeigt weiter nach oben. Sachverständigenrat, wirtschaftswissenschaftliche Forschungsinstitute und Bundesregierung gehen 1983 von 2,3 Millionen Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt aus.

Die weltwirtschaftlichen Einflüsse, die diese Entwicklung mit verursacht haben, sind nicht in Abrede zu stellen. Aber sie entlasten die sozialdemokratischen Kanzler und Finanzminister nicht, denn unter ihrer Verantwortung ist nichts geschehen, um unser Land durch Verringerung der Steuer- und Abgabenlast, durch Förderung des technischen Fortschritts und durch Unterstüt-

zung privater und öffentlicher Investitionen auf die veränderten weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen einzustellen. Japaner und Schweizer haben das offenbar besser verstanden.

### Das Dringlichkeitsprogramm der Regierung Kohl ist beschlossen

Die neue Bundesregierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl mußte am 1. Oktober 1982 ohne jede Vorbereitungsphase antreten, wie sie nach Parlamentswahlen gegeben ist. Sie mußte aus dem Stand heraus handeln, um die rasende Talfahrt der Staatsfinanzen zu bremsen, um der Bundesbank Spielraum zur Zinssenkung und der Wirtschaft Signale einer Kurskorrektur zu geben. Die Bundesregierung mußte in der Wirtschafts-, der Finanz- und der Sozialpolitik sofort äußerst schwierige, teilweise schmerzliche und weittragende Entschlüsse fassen. Sie hat das mit großem Mut, großem Sachverstand und großer Entschlossenheit getan.

Die Regierung der Mitte hatte sich selbst einen inhaltlich begrenzten Auftrag gesetzt, der bis zum Jahresende 1982 durchgeführt werden sollte. Sie sah es als vordringlich an,

- das „Schicksalsbuch der Nation“, den Bundeshaushalt, in Ordnung zu bringen und die Gesundung der Staatsfinanzen einzuleiten;
- erste Schritte zur Wiederbelebung der Wirtschaft, zur Stabilisierung des gefährdeten sozialen Netzes und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze zu tun;
- die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik von jenem Zwielicht zu befreien, in das sie durch die Regierungspartei SPD gebracht worden war.

Dieses Dringlichkeitsprogramm des Bundeskanzlers und seiner Regierung ist auf den Weg gebracht. Der Haushalt 1983 ist verabschiedet. Er ist mit seinen Spar- und Begleitgesetzen kein Dokument der Schönfärberei oder gar der Täuschung, sondern ein Dokument der Ehrlichkeit, der Wahrhaftigkeit.

Mit dem Bundeshaushalt '83 hat die Bundesregierung einen ersten Schritt unternommen, Abschied zu nehmen von dem jahrelang mißglückten Versuch, die Folgen der Krise durch ständig zunehmende Neuverschuldung zu verdecken, statt ihre Ursachen zu bekämpfen.

Zur Ankurbelung der Bauwirtschaft und zur Sicherung ihrer Arbeitsplätze hat die Bundesregierung ein Sofortprogramm für den Wohnungsbau vorgelegt; insbesondere der soziale Wohnungsbau soll dadurch neue Impulse erhalten. Für die Übernahme gefährdeter Unternehmen wird ein steuerlicher Anreiz für die mittelständische Wirtschaft geschaffen, um Produktionsstätten und Arbeitsplätze zu erhalten. Entlastet wird die gewerbliche Wirtschaft bei der

Gewerbsteuer. Für die Eigenkapitalhilfen zur Förderung der Gründung selbständiger Existenzen werden die Mittel aufgestockt und die Bedingungen für die Inanspruchnahme erweitert; ferner werden die Beratungshilfen für Existenzgründungen verbessert.

Die Belegung des Wohnungsbaues wird durch eine Investitionshilfeabgabe finanziert, die von Besserverdienenden erhoben wird. Als Alternative zur Investitionshilfeabgabe haben die Gewerkschaften die nicht rückzahlbare Ergänzungsabgabe in die Diskussion gebracht. Der Gedanke der Nichtrückzahlbarkeit ist von mir aufgegriffen worden, ohne daß ich mich damit in der Koalition hätte durchsetzen können. Inzwischen hat er in das Wahlprogramm von CDU und CSU Eingang gefunden. Aber auch ich habe Wert daraufgelegt, die investierende Wirtschaft von der Investitionsanleihe bzw. einer Investitionsabgabe freizustellen, um auf diese Weise Anstöße für die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu geben.

Das Geld, das zur Bekämpfung und Finanzierung der Arbeitslosigkeit und zur Gesundung der Wirtschaft erforderlich ist, liegt nicht im Keller der Notenbank. Es muß, wenn nicht erneut die Inflation nach oben getrieben werden soll, eingespart werden. Wir verschweigen nicht die Verzichte, die deshalb allen Gruppen der Bevölkerung zugemutet werden müssen.

Um die Renten zu sichern, hat die Bundesregierung die Rentenerhöhungen um ein halbes Jahr verschieben müssen. Das ist, wie wir wissen, ein schmerzliches Opfer. Aber die Rentenpolitik früherer Bundesregierungen hat den Rentnern deutlich mehr an Opfern zugemutet. Im 20. und 21. Rentenanpassungsgesetz wurden die Anpassungssätze der Rente um insgesamt 10,2 Prozent gekürzt. Trotz der jetzt unvermeidbaren halbjährlichen Verschiebung der Rentenanpassung behalten die Rentner ihre Position im Verhältnis zum Einkommen der Aktiven. Das Nettorentenniveau bleibt stabil. Es wird auch in den kommenden Jahren stabil bleiben. Die Alternative einer Verschiebung wäre ein weiteres, willkürliches Hineinschneiden in das Leistungsrecht gewesen, wie es in den zurückliegenden Jahren an der Tagesordnung war.

Die Verschiebung der Rentenerhöhungen jetzt sichert die Renten. Ohne das entschlossene Handeln der Bundesregierung wäre die Rentenversicherung schon im Sommer 1983 zahlungsunfähig gewesen.

Norbert Blüm hat die Verschiebung der Rentenanpassungen zum Anlaß genommen, die Tarifpartner zu bitten, diesem Beispiel zu folgen. Anders als z. B. die sozialistische Regierung in Frankreich, die einen gesetzlichen Lohn- und Preisstopp eingeführt hatte, lehnen wir jeden Dirigismus ab. Gewerk-

Schäften und Unternehmer sind und bleiben in ihren Entscheidungen frei. Aber sie müssen die Verantwortung tragen, die aus ihrer Freiheit erwächst. Aus dieser Verantwortung können die Tarifpartner nicht entlassen werden. Wir vertrauen darauf, daß sie ihrer Verantwortung gerecht werden.

In den Bereichen, in denen Regierung und Parlament selbst die Verantwortung tragen, muß die Regierung für ihren Verantwortungsbereich Signale setzen. Deshalb hat die Regierung die Erhöhung der Beamtenbesoldung vor den Tarifverhandlungen für die Angestellten und Arbeiter im öffentlichen Dienst auf 2 Prozent begrenzt. Wir wissen, daß dies für die Gewerkschaften Probleme mit sich bringt. Wir hätten gern darauf verzichtet, wenn die Situation der öffentlichen Finanzen anderes zulassen würde.

Gleiches gilt für das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG), für das die finanziellen Handlungsspielräume verlorengegangen sind. Das aus finanziellen Gründen eingeschränkte BAföG muß durch eine gezielte Begabtenförderung ergänzt werden. Das ist ein Feld, dem die Länder als Träger der Kulturhoheit ihre besondere Aufmerksamkeit widmen sollten. In diese Richtung weist ein Entschließungsantrag der Koalition der Mitte.

Die Korrekturen beim BAföG sind ein Signal, daß die einseitige Bevorzugung des Abiturs und des akademischen Studiums in der Bildungsförderung beendet werden muß. Demgegenüber müssen praktische Bildungsgänge verstärkt in den Vordergrund treten. Ein tüchtiger Facharbeiter oder Handwerksmeister wird bei der gegenwärtigen Akademikerinflation bessere Zukunftschancen haben als ein Akademiker, der sich auf einen überfüllten Beruf vorbereitet und dort nur Durchschnittliches leistet. Notwendig bleibt jedoch die Förderung von Begabten, deren beruflicher Aufstieg nicht an Einkommensverhältnissen scheitern darf. Diese Förderung ist auch notwendig, um unseren Rang als Wissenschaftsnation und damit als Industrienation zu behaupten.

Die Koalition der Mitte unter Führung von Helmut Kohl mußte besonnen, aber entschlossen handeln. Sie konnte dies tun, da die Bürger spüren: Die Politik hat die Menschen in den 70er Jahren zu Ansprüchen ermuntert, die über unsere Möglichkeiten hinausgehen. Diese Ansprüche wurden zum Teil auf Pump befriedigt, das heißt auf Kosten der Zukunft. Die Bürger spüren, daß diese Politik nicht fortgesetzt werden kann. Die Union tritt nicht mit haltlosen Versprechungen und Geschenken vor die Wähler. Bei uns wird es weder einen Rentennoch einen Finanzbetrug geben. Die Wahrheit ist: Zur Finanzierung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit müssen den Bürgern Opfern zugemutet werden. Keiner Regierung und keiner Partei fällt das leicht. Ebenso schwer ist es, Opfer hinzunehmen. Aber es wächst die Erkenntnis: Ohne Verzicht werden alle ärmer.

## Die Krise in Freiheit meistern

Massenarbeitslosigkeit und sozialer Rückschritt - das zweite folgt aus dem ersten - sind kein unabwendbares Schicksal. Grundlage und Voraussetzung einer Rückkehr zur Vollbeschäftigung und zum Schuldenstopp sind Partnerschaft und die Freisetzung der Produktivkräfte des deutschen Volkes auf der Grundlage einer soliden Wirtschafts- und Sozialpolitik der Sozialen Marktwirtschaft. Partnerschaft setzt Zusammenarbeit der Tarifpartner und des Staates zur Überwindung der Krise voraus. Ausdruck von Partnerschaft ist das Gespräch. Es gilt die Einladung, gemeinsame Wege aus der Krise zu suchen. Das Stabilitätsgesetz nennt als Ort die Konzertierte Aktion. Ihre Wiederbelebung in arbeitsfähiger Form wäre ein Zeichen der Hoffnung für Arbeitnehmer wie Unternehmer und die gesamte Bevölkerung.

Zur Sicherung der Zukunft brauchen wir vor allem Investitionen der Privatwirtschaft. 80 Prozent der Gesamtinvestitionen sind privatwirtschaftliche Investitionen. Sie anzureizen und zu fördern, bleibt wichtigste Aufgabe der Wirtschaftspolitik.

Zur Freisetzung der Produktivkräfte des deutschen Volkes muß das Sparkapital breiter Kreise beitragen. Nur 2 Prozent der vermögenswirksamen Anlagen der Arbeitnehmer gehen gegenwärtig in das Produktivkapital. Gleichzeitig fehlt es den Unternehmen an Eigenkapital, den Arbeitnehmern an einem Ausgleich für stagnierende oder gar rückläufige reale Geldeinkommen. Wenn die Arbeitnehmer durch Lohnzurückhaltung Investitionen ermöglichen und wenn durch diese Lohnzurückhaltung das Produktivvermögen wächst, dann ist es ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit wie der wirtschaftlichen Vernunft, die Arbeitnehmer an diesem, auch durch ihre Lohnzurückhaltung wachsenden Produktivvermögen zu beteiligen. Deshalb muß die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivkapital der Wirtschaft besser als bisher tariffähig werden. Die Bundesregierung wird dazu die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen; investive Lohnbestandteile aushandeln müssen die Tarifpartner selbst. Hier eröffnet sich ein neues wichtiges Tätigkeitsfeld fortschrittlich denkender Gewerkschaften.

Nach gegenwärtigem Erkenntnisstand wird in den kommenden Jahren das wirtschaftliche Wachstum nicht ausreichen, um wieder zur Vollbeschäftigung zurückzukehren. Flankierend müssen Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik hinzutreten. Nach meiner Auffassung sind dazu Maßnahmen zur Verkürzung der Lebensarbeitszeit geeignet, soweit sie weder die Rentenversicherung noch die Wettbewerbsfähigkeit der davon betroffenen Unternehmen gefährden. Dieser Weg setzt also die Mitwirkung der aktiv Arbeitenden voraus. Ferner ist ein vermehrtes Angebot an Teilzeitarbeitsplätzen sowie das von uns vorge-

schlagene Job-Sharing nützlich. Ich sage das, obwohl dieser Vorschlag in der Vergangenheit weder den ungeteilten Beifall der Gewerkschaften, noch der Arbeitgeber gefunden hat. Hierbei denke ich vor allem an die Frauen, die auf der einen Seite sich ihren Familien widmen, auf der anderen Seite aber nicht ganz aus dem Arbeitsleben ausscheiden wollen bzw. können.

Soziale Marktwirtschaft bedingt die Mitverantwortung des Staates für Wirtschaft und Beschäftigung. Der Staat kann seiner wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Verantwortung nur gerecht werden, wenn er den finanziellen Handlungsspielraum zurückgewinnt, um seinen Beitrag zur Gesundung der Wirtschaft und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit effizient leisten zu können.

Das setzt die Begrenzung der Transfer- und Sozialleistungen voraus, die sich in den 70er Jahren vervierfacht haben. Notwendig ist die Konzentration der Mittel und Leistungen auf die wirklich Bedürftigen. Einen Rasenmäher pauschaler Kürzungen darf es daher nicht geben.

Nach Feststellungen der Transfer-Enquete-Kommission sind 70 Prozent der Steuerzahler zugleich Empfänger von Transferleistungen. Die Frage ist berechtigt, ob es Sinn macht, den Arbeitnehmern immer mehr Geld wegzunehmen, um es ihnen danach, nach Abzug der nicht unerheblichen Kosten des Staatsapparates, verkürzt als Staatsleistung zurückzuzahlen. Dazu ein Zitat aus jüngster Zeit: „Richtig ist, daß die Sozialaufgaben in ihrer Gesamtheit eine Dynamik entwickelt haben, die an geringeres Wirtschaftswachstum angepaßt werden muß ... Es wird nie gelingen ..., eine soziale Ausgewogenheit auf Heller und Pfennig herzustellen." Dieses Zitat stammt aus der Haushaltsrede des letzten sozialdemokratischen Finanzministers. Und: „Wer mehr zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit tun will, muß tiefer in die Geld- und Sozialleistungen hineinschneiden". Wenn der hier zitierte Helmut Schmidt recht hat, muß die Frage gestellt werden: Was ist wichtiger: die Rückgewinnung der Vollbeschäftigung oder die Verteidigung des BAföG oder anderer sozialer Besitzstände? Die SPD-geführten Bundesregierungen haben die Anpassung der Sozialausgaben an geringeres Wirtschaftswachstum eingeleitet. Sie haben allein in der „Operation '82" Kürzungen von über 10 Milliarden DM in für Arbeitnehmer wichtigen Bereichen vorgenommen.

Alle, die in Staat und Gesellschaft Verantwortung tragen, sind aufgerufen, gemeinsam zu überlegen, was in der Sozialpolitik noch möglich ist und wo in der Sozialpolitik die unverzichtbaren Prioritäten liegen. Nach meiner Überzeugung sind das nach wie vor die Absicherung der großen Lebensrisiken Arbeitslosigkeit, Krankheit und Alter. Wie schwer es ist, das Netz sozialer Siche-



rung auch in Zukunft tragfähig zu erhalten, zeigt jede Analyse der enorm wachsenden Alterslast in der Rentenversicherung oder der Kostenentwicklung im Gesundheitswesen aufgrund steigender Lebenserwartung und der Fortschritte der Medizin. Wer angesichts dieser Herausforderungen die Umstellung des BAföG vom Zuschuß- auf ein Darlehenssystem als soziale Demontage kritisiert, muß sich den Vorwurf gefallen lassen, die Probleme unseres Sozialstaates entweder nicht zu kennen oder sie zu verdrängen.

Die Union sucht die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften. Wir nehmen Kritik und Forderungen der Gewerkschaften ernst. Wir anerkennen die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung des DGB und das Verantwortungsbewußtsein seiner Führung und seiner Mitglieder. Die Zusammenarbeit von Gewerkschaften und Bundesregierung kann nicht konfliktfrei sein. Sie war es nie in den über 30 Jahren des Bestehens der Bundesrepublik Deutschland, sie wird es auch in Zukunft nicht sein. Dennoch zwingen die vor uns liegenden Probleme Bundesregierung und Gewerkschaften wie auch die Verbände der Wirtschaft zum konstruktiv-kritischen Dialog und zur Zusammenarbeit. Dialog und Zusammenarbeit setzen Fairneß auf beiden Seiten voraus und das Bemühen um Objektivität in der Beurteilung der Ausgangslage, die wir, die Union, bei der Regierungsübernahme vorgefunden haben und der Konsequenzen einer Politik, die nicht wir zu verantworten haben, die aber weit in die Zukunft fortwirken.

#### Die Koalition der Mitte stellt sich dem Urteil der Wähler

Die neue Koalition, die Koalition der Mitte, hatte sich von Anfang an einen zeitlich begrenzten Auftrag gesetzt. In seiner Regierungserklärung sagte der Bundeskanzler am 13. Oktober, das Bündnis aus CDU, CSU und FDP habe „vereinbart, sich am 6. März 1983 dem Urteil der Wähler zu stellen“; dies sei auch die Auffassung der Regierung.

Der Bundeskanzler hat sein Wort gehalten; er hat den Weg zu Neuwahlen geöffnet. Der Bundespräsident hat den Deutschen Bundestag aufgelöst und Neuwahlen ausgeschrieben. Dem Wunsch des Deutschen Bundestages, der im Bundestag vertretenen Parteien und der großen Mehrheit unserer Bevölkerung entsprechend, wird es am 6. März 1983 zu Neuwahlen kommen. Wir haben diese Neuwahlen gewollt, weil wir mindestens eine volle Legislaturperiode brauchen, um die schwere Wirtschaftskrise, in der sich unser Land befindet, überwinden zu können.

Wir trauen uns zu, die uns von den früheren, SPD-geführten Bundesregierungen hinterlassenen Hypotheken nach und nach wieder abzutragen. Diese

Arbeit wird Jahre dauern. Sie muß getan werden, wenn unser Land in seiner wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen Leistungskraft nicht noch empfindlicher getroffen werden und im harten Wettbewerb mit den anderen großen Industriestaaten nicht entscheidend zurückfallen soll.

Wir werden mit entschlossenem Einsatz um die Mehrheit im Deutschen Bundestag kämpfen. Aber wir sind ebenso entschlossen, den Bundestagswahlkampf in einem Geist zu führen, der demokratischem Verantwortungsbeußtsein entspricht.

Die Alternative der kommenden Bundestagswahl ist eindeutig: entweder gibt es eine regierungsfähige Mehrheit unter der Führung der Union oder eine regierungsunfähige Mehrheit, die aus SPD und Grünen bestehen würde. Die SPD hat keinen demokratischen Bündnispartner mehr. Anders als in Hamburg hat sie in der Bundesrepublik Deutschland keinerlei Chance, allein die Mehrheit zu erhalten. Teile der SPD hoffen daher auf den Einzug der „Grünen“ und „Alternativen“ in den Bundestag, um mit deren Hilfe regieren zu können. Der Kanzlerkandidat der SPD hat öffentlich erklärt, er sei bereit, sich von den „Grünen“ und „Alternativen“ zum Bundeskanzler wählen zu lassen. Er wäre dann abhängig von Kräften, die sich nicht eindeutig zur parlamentarischen Demokratie bekennen, die jegliches Wirtschaftswachstum und das heißt in der Konsequenz auch Vollbeschäftigung ablehnen, die die NATO-Mitgliedschaft unseres Landes aufheben und das heißt in der Konsequenz es in die Abhängigkeit der Sowjetunion bringen und ihre innenpolitischen Ziele auch notfalls mit Gewalt durchsetzen wollen.

Aus zahlreichen Gesprächen mit Gewerkschaftern weiß ich, daß diese mögliche Perspektive auch auf ihnen wie ein Alptraum lastet. Deshalb sage ich: Es liegt im Interesse unseres Landes, insbesondere der Arbeitnehmer, der Regierung von Bundeskanzler Kohl, die in den wenigen Wochen ihrer Amtszeit Umsicht, Mut und Tatkraft gezeigt hat, die Chance zu geben, ihre Politik der finanziellen Konsolidierung, des wirtschaftlichen Aufschwungs und damit auch der Vollbeschäftigung zum Erfolg zu führen.